

Kolumbien-aktuell

No. 430 2. Juni 2006

- 1. Politik: Alvaro Uribe und Carlos Gaviria - die Gewinner und ihre Herausforderungen**
- 2. Wirtschaft: Kolumbien in die NATO - kein Witz!**
- 3. Soziale Bewegungen: Treffen der sozialen Organisationen - wenn nicht alle Zugang zu Entwicklung haben**
- 4. Menschenrechte: Eine neue Agenda für die Menschenrechte?**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktionsequipe:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.kolumbien-aktuell.ch

1. Politik:

Alvaro Uribe und Carlos Gaviria - die Gewinner und ihre Herausforderungen

Von Alejo Vargas Velásquez, Professor der Nationaluniversität

Es gab zwei grosse Sieger bei den Präsidentschaftswahlen vom 28. Mai 06. Präsident Alvaro Uribe gewann wie erwartet seine Wiederwahl, allerdings mit einem besseren Resultat wie prognostiziert. Doch die Überraschung war nicht der Sieg des Kandidaten-Präsidenten, sondern einerseits die Höhe in der dieser ausfiel und andererseits die Positionierung von Carlos Gaviria als natürlicher Chef der Opposition. Dabei wurde der Liberalismus weggefegt und in eine tiefe Krise gestürzt.

Bei den Präsidentschaftswahlen standen verschiedene Aspekte auf dem Spiel: Die Höhe der Wahlabstinz; ob es zu einem zweiten Wahlgang kommt; mit welcher Mehrheit der Kandidat-Präsident gewinnen würde und ob sich der Demokratische Alternative Pol als erste oppositionelle Kraft etablieren würde.

Die Wahlabstinz hat sich relativ unverändert wie bisher gehalten. Es gab eine kleine Zunahme der Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Kongresswahlen. Dies ist in einem präsidentialen Regime normal, da die Präsidentschaftswahl mehr Emotionen weckt. Die Wahlabstinz betrug gegen 55%, was

innerhalb der historischen Tendenz liegt. Sie nahm also nicht unkontrolliert zu, wie einige befürchtet hatten und was vor allem dem Kandidaten-Präsidenten geschadet hätte, dies trotz einer Wahl, welche zuerst kein grösseres Interesse weckte, da der Gewinner vorhersehbar und die Präsidentschaftskampagne sehr langweilig war. Zweifellos bleibt die Förderung der Wahlbeteiligung eine Herausforderung für das politische System Kolumbiens, denn diese breite Schicht von wahlfähigen BürgerInnen, welche sich nicht an der Wahl beteiligen, lässt letztlich viele Fragen über deren Präferenzen und Motive offen, weshalb sie den Wahlen fern bleiben.

Sowohl die Wahlbeteiligung wie die Höhe des Sieges des Kandidaten-Präsidenten - leicht über den Prognosen der Meinungsumfragen und mit grossem Vorsprung auf den Verfolger - löste eindeutig die Frage, ob ein zweiter Wahlgang notwendig sein würde. Die Mehrheit der Wählenden gaben mit 62,2% für Uribe eine klare Antwort, womit Uribe 9% mehr Stimmen als bei seiner Wahl vor vier Jahren gewann. Es kann keinen Zweifel daran geben, dass trotz dem Verschleiss von vier Regierungsjahren, gegen 1,5 Mio. Wählende mehr als vor vier Jahren Uribe ihre Stimme gaben und sich damit klar für Kontinuität aussprachen. Es ist klar, dass der Präsident einen sehr grossen politischen Handlungsspielraum gegenüber seiner eigenen Koalition wie auch gegenüber der Opposition hat. Dies ergibt für ihn eine hohe Regierbarkeit.

Eine wichtige Reflexion kreist um die möglichen Gründe der Wählenden zur Erneuerung des Mandats des Präsidenten. Wenn vor vier Jahren als Hauptgründe für die Wahl Uribes die Ermüdung gegenüber den Aktionen der Guerilla und insbesondere die Ernüchterung über den sinnlos scheinenden Verhandlungsprozess im Caguán, wie auch der Einfluss dieser Faktoren auf die Wirtschaft und zusätzlich das durch den 'Kampf gegen den Terrorismus' geschaffene Klima galten, so erklärt sich die Wiederwahl zweifellos aus anderen Gründen. Wir glauben, dass zum Entscheid der WählerInnen die Zufriedenheit mit dem Sicherheitsgefühl und damit mit der Politik der demokratischen Sicherheit, welche der Schwerpunkt der ersten Regierungszeit von Uribe war, eine wichtige Rolle spielte. Dazu kommen die positive Sicht der Wirtschaftsentwicklung und vor allem ein Regierungsstil, der bei wichtigen Kreisen Anklang gefunden hat: Ein Präsident mit einem grossen Arbeitswillen, der den Problemen der BürgerInnen nahe steht und sich diese anhört - hier scheinen die Gemeinschaftsräte des Präsidenten und das kritisierte Mikro-Chefverhalten des Präsidenten bei den Wählenden grosse Zustimmung gefunden zu haben. Zudem wird Uribe als Regierender mit Führungsgabe wahrgenommen. Dies alles gibt ein Bild eines Regierungsstils, welcher eine Mehrheit bei den KolumbianerInnen fand.

Aber es gibt auch keinen Zweifel, dass Carlos Gaviria und der Demokratische Alternative Pol PDA der andere grosse Gewinner dieses Wahlgangs ist. Der erhaltene Stimmenanteil - der höchste je in der Geschichte bei Wahlen von der Linken erreichte Anteil, nur die Demokratische Allianz M-19 erreichte bei der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1991 ein noch besseres Resultat - und die Tatsache, in zwei Departementen die Mehrheit erreicht zu haben, machen ihn zum privilegierten Teilnehmer bei den nächsten Wahlen.

Carlos Gaviria erhielt von seinen WählerInnen ein klares Mandat: Von jetzt an soll er der natürliche Chef der Opposition gegenüber der Regierung Uribe sein. Damit hat Gaviria die Herausforderung vor sich, diese Rolle angemessen zu erfüllen. Zusätzlich dazu wird er zum unumstrittenen Chef des PDA und damit auch sicher zu der Führungsperson, welche fähig sein muss, die internen Differenzen zu meistern und zu erreichen, dass diese politische Kraft der Linken sich konsolidiert, sowohl für die Regional- und Lokalwahlen von 2007, wie auch für die Kongress- und Präsidentschaftswahlen von 2010. Auch wenn es wahrscheinlich ist, dass viele WählerInnen von Carlos Gaviria nicht direkt Militante des PDA sind - sondern Teil dieses Wählersegments, welches sich je nach Umständen verschiebt - so wird doch viel von der Orientierung und der politischen Führung dieser Kraft abhängen, ob die BürgerInnen mit dem PDA zufrieden sind oder sich einer anderen politischen Meinung zuwenden.

Es wird sich ein Paradox zeigen: Die Opposition des PDA im Kongress ist quantitativ kleiner als der bei den Präsidentschaftswahlen von Carlos Gaviria erreichte Anteil. Daher kann sich die Opposition von Carlos Gaviria nicht nur auf die Orientierung der Fraktion des PDA im Kongress beschränken, sondern muss sich auch in den Massenmedien und in der Begleitung von sozialen, ausserparlamentarischen Formen der Opposition zeigen.

Die liberale Partei muss sich der grossen Krise stellen, die sie seit einiger Zeit durchmacht. Doch man muss vorsichtig sein und nicht schon ihr Verschwinden verkünden, denn in der Vergangenheit haben die zwei traditionellen Parteien - Liberale und Konservative - eine grosse Überlebensfähigkeit bewiesen. Was definitiv scheint, ist das alleinige Vorherrschen eines Zweiparteiensystems: Die politische Linke wird bleiben und hat erfreuliche Wachstumsaussichten. Es scheint zwei liberale Optionen zu geben, beide mit einem geringen Handlungsspielraum und ungewisser Zukunft: Die Parteiführung wieder herzustellen und sich als oppositionelle Kraft an der Seite des PDA zu situieren - es gilt nicht zu vergessen, dass die liberale Fraktion im Parlament grösser als jene des PDA ist - oder einen Annäherungsprozess zu den Liberalen hin zu machen, welche in die Uribe-Koalition abgewandert sind und zu einer politischen Kraft innerhalb dieser Regierungskoalition selber zu werden. Es scheint, dass dieser Raum im Zentrum, in dem sich die liberale Partei positionieren möchte, immer mehr von der Linken des PDA wie auch von der Rechten der Uribe-Koalition besetzt ist.

Welches sind die Herausforderungen der zweiten Regierungszeit von Alvaro Uribe?

Die Herausforderung scheint in drei grossen öffentlichen Bereichen zu liegen: der Sozialpolitik; dem internen bewaffneten Konflikt und der Aussenpolitik.

In Bezug auf die Sozialpolitik gibt es grosse Erwartungen der Wählerschaft von Uribe, aber auch aller KolumbianerInnen. Man geht davon aus, dass die erste Regierungszeit den Schwerpunkt auf die Sicherheit legte und diese zweite Regierungsperiode - ohne die Politik der demokratischen Sicherheit zu verlassen - die Sozialpolitik zur Priorität machen und die Probleme der Armut, Ausgrenzung und der sozialen Kluft angehen wird. Die Wohnbau-, Gesundheits-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik müssen prioritär sein und auch die Opposition muss ihre Antennen ausgestreckt haben, um die Entwicklung der Politik in diesen Bereichen zu überwachen.

In Bezug auf die Lösung des internen bewaffneten Konfliktes stehen wir vor einer Art Paradox: Es gibt eine breite Zufriedenheit der Mehrheit der Gesellschaft mit der demokratischen Sicherheit, aber gleichzeitig zeigen die Umfragen eine Meinungsmehrheit auf - in der Höhe ähnlich jener, welche für den Kandidaten-Präsidenten stimmte, d.h. von mehr als 62% - die der Meinung ist, dass die politische Verhandlungslösung sich in Bezug auf den internen bewaffneten Konflikt durchsetzen muss. Alles weist darauf hin, dass die neue Regierung von Uribe nicht nur die demokratische Sicherheit aufrecht erhalten muss, sondern auch eine Politik zur Suche einer Verhandlungslösung entwickeln muss, die gleichzeitig auch erlaubt, die Annäherungen mit dem ELN in einen Prozess von solid strukturierten Verhandlungen zu verwandeln. Diese Politik muss auch erlauben, ein humanitäres Abkommen mit der FARC zu ermöglichen und dieses Abkommen zum Eingangstor für einen Verhandlungsprozess mit der FARC zu machen. Hier wird sehr wichtig sein, mit welchem Realitätssinn die FARC das aktuelle politische Panorama Kolumbiens betrachtet und ob die FARC versteht, dass es keinen Sinn macht, die aus politischen Gründen entführten Personen weitere vier Jahre in ihrer Gewalt zu behalten und dass sich die Zeit für Verhandlungen anzunähern scheint.

Die zweite Amtszeit von Uribe wird geschickt mit der Bedingung als Alliierter der USA, aufgrund der Abhängigkeit in Bezug auf die Finanzierung des Plan Colombia und Plan Patriota, umzugehen haben, aber auch mit grossem Pragmatismus die regionalen politischen Realitäten Südamerikas in Betracht ziehen müssen und zu versuchen, mit den Regierungen gute Beziehungen zu pflegen, mit

denen es ideologische und politische Distanz gibt. Aufgrund der Krise des Andenbündnisses CAN wird vielleicht das Szenario des Südamerikanischen Bündnisses angebracht sein, um diese Politik der guten Nachbarschaft zu konkretisieren. Mit Venezuela muss mit Realismus in Richtung eines bilateralen Handelsabkommens gearbeitet werden, das als Schutzschirm für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen dienen kann. Auch die Agenda gegenüber der Europäischen Union EU muss diversifiziert werden. Dabei kann eine Flexibilisierung der Politik eines Verhandlungsfriedens mit der Guerilla - miteingeschlossen das sensible Thema eines humanitären Abkommens - wie auch die Vorantreibung eines südamerikanischen Integrationsprozesses von grosser Bedeutung sein.

Und schlussendlich muss die neue Regierung Uribe im Kongress und in der Gesellschaft die Annahme des bilateralen Freihandelsabkommens mit den USA (TLC) voranbringen. Dies wird ein zusätzliches Feld für politische und soziale Auseinandersetzungen sein. Das Problem ist nicht die parlamentarische Mehrheit, über diese verfügt Uribe ausreichend, sondern die soziale Mobilisierung gegen das TLC, welche sich höchst wahrscheinlich zeigen wird. Dort werden wir den Präsidenten in Aktion sehen, seinen politischen Einfluss ausspielend und wir erwarten ebenfalls den Chef der Opposition, Carlos Gaviria zu sehen, wie er die Debatte gegen das TLC anführt.

Alles weist darauf hin, dass wir Uribe noch für eine Weile haben werden. Die künftige Option eines Wechsels liegt in einer glaubwürdigen politischen Linken und da spielt der Demokratische Alternative Pol PDA mit einer Präsidentschaftskandidatur, welche einen Vorschlag für das Land und nicht nur für einen Sektor widerspiegelt, eine wichtige Rolle.

2. Wirtschaft: Kolumbien in die NATO - kein Witz!

Was steckt hinter dem Versuch, Kolumbien einzuladen, Teil der NATO zu werden? In diesem Artikel wird der Hintergrund dieses Szenarios beleuchtet, bei dem Kolumbien zweifellos ein wichtiger strategischer Alliiertes der USA im Kampf gegen den Terrorismus und im Drogenkrieg ist. In diesem Sinne würde die Aufnahme in die NATO die militärische Zusammenarbeit und die Unterstützung des Nachrichtendienstes, der militärischen Ausbildung und falls nötig selbst die Truppenpräsenz erleichtern.

Von Jorge Iván Cuervo R., Forscher an der Universität Externado de Colombia

Die USA haben ihre Absicht bekundet, Kolumbien als Mitglied der NATO vorzuschlagen in der Rolle eines *Grossen Besonderen Alliierten*, so wie es die USA mit Argentinien im Jahr 1997 machte. Dieser Vorschlag überraschte die diplomatischen Kreise, da auf den ersten Blick die Vorteile einer solchen Mitgliedschaft nicht ersichtlich sind.

Die NATO wurde 1949 als ein strategisches Militärbündnis geschaffen. Nach dem Koreakrieg erfüllte die NATO in den Zeiten des Kalten Krieges das Ziel der Abschreckung. Doch mit dem Fall der Berliner-Mauer und der Auflösung der Sowjetunion verlor die NATO ihre Orientierung und ihren Sinn in einer Welt, in der die grössten Bedrohungen von Gewaltanwendung nicht von den Staaten selbst kommen, sondern von terroristischen Gruppen - seien es Gruppen von Einzelpersonen oder von einigen Staaten geförderte Gruppen - gegen die eine militärische Aktion wirkungslos ist. So kommt ein möglicher Eintritt Kolumbiens in die NATO nicht nur im Moment der grössten Ungewissheit dieses Militärbündnisses, sondern auch zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Agenda der Weltsicherheit vom Ziel einer Abschreckung vor zwischenstaatlichen Kriegen hin zu einem von den USA angeführten Krieg gegen den Terrorismus bewegt.

Der signifikanteste Wendepunkt in der Rolle der NATO als Verteidigungsallianz seiner Mitglieder mit dem Ziel der Abschreckung war das späte Eingreifen in den Balkankrieg. Wenn auch keines der Mitgliedsländer von Serbien angegriffen wurde, entschied sich die NATO für einen Eingriff über ihr Mandat und ihr Einflussgebiet hinaus. So begann die NATO ihre Geschichte als Organisation der *humanitären Interventionen*, welche die UNO aufgrund fehlender Mittel nicht erfüllen konnte.

Die NATO ist heute der bewaffnete Arm der internationalen Gemeinschaft, womit die Natur der NATO verdreht wird.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 trat die NATO in den schwierigen Weg ein, gegen einen unsichtbaren Feind zu kämpfen, gegen den die enormen Kriegskapazitäten von Mitgliedsstaaten wie den USA, Deutschland und Frankreich nichts nützen. Verschärfend kam dazu, dass die USA sich entschieden, ihren Krieg gegen den Terrorismus ausserhalb der internationalen Normen und des humanitären Völkerrechtes zu führen, welches für die NATO verbindliche Normen waren. Die USA fühlen sich mit der schwerfälligen Bürokratie der NATO nicht wohl und das Konsensverfahren, welches für den Entscheid zu einem Angriff notwendig ist, bedeutet für die USA eine Irritation. Der Verbleib der USA in der NATO ist von den ablehnenden Gefühlen begleitet, welche sich in einigen Ländern Europas gegen die Art und Weise entwickelt hat, wie die USA den Kampf gegen den Terrorismus zu führen entschieden hat. Von daher rechtfertigt sich die Einladung an andere Länder, Teil der NATO zu werden, so wie es gegenüber Argentinien, Israel, Jordanien, Ägypten, Australien und Südkorea gemacht wurde, wobei in allen Fällen strategische Interessen der USA im Spiel waren.

Kolumbien ist auf dem amerikanischen Kontinent ein strategischer Alliierter der USA. Der Kampf gegen den Terrorismus und der Krieg gegen die Drogen sind die Themen, welche Washington bei der militärischen Unterstützung Kolumbiens interessieren. Der Eintritt in die NATO würde die militärische Zusammenarbeit und die Unterstützung des Nachrichtendienstes, der militärischen Ausbildung und falls nötig selbst die Truppenpräsenz erleichtern. Die thematische Ausweitung der NATO nach den Interessen der USA bildet den Hintergrund dieser Einladung an Kolumbien, welche für die NATO selber keinerlei Auswirkungen hätte.

Da Kolumbien seine Aussenpolitik derjenigen der USA angepasst hat und durch die Wiederwahl von Präsident Uribe, welcher auf eine definitive militärische Niederlage der FARC setzt, sind die Chancen einer Umsetzung einer solchen Einladung, die ein wenig extravagant klingt, grösser geworden.

Gegenüber der Kritik, dass Washington seinen Hinterhof vernachlässigt und den Aufstieg von den US-Interessen feindlich gesinnten Regierungen wie jener von Hugo Chávez in Venezuela oder von Evo Morales in Bolivien zugelassen hat, wäre die Mitgliedschaft Kolumbiens in der NATO in erster Linie eine klare politische Botschaft und eine militärische Präventionsmassnahme für die Zukunft. Die USA würden keinen politischen oder militärischen Aufstand in der Region tolerieren und Kolumbien wäre ihr Brückenkopf um einen solchen Aufstand zu verhindern. Dies mit dem Mandat der NATO zu machen, würde diese Position legitimieren, denn sie würde nicht als unilateral verstanden.

Da die aussenpolitische Agenda Kolumbiens nicht allein in Bogotá entschieden wird, ist der Handlungsspielraum für eine negative Antwort unter der Regierung Uribe recht gering. Dass dies von den Nachbarländern Kolumbiens als unfreundlicher Akt betrachtet wird, wird keinen entscheidenden Einfluss haben. Man wird den Schritt aufgrund der Notwendigkeit rechtfertigen, dass man die geostrategische Position einer Demokratie, welche einen harten Kampf gegen Drogenhändler und Terroristen führt, stärken muss, wozu es eine grössere Unterstützung anderer europäischer Länder brauche, welche bisher mit ihrem humanitären Geschwätz nicht für eine militärische Lösung des Konfliktes Partei ergriffen hätten. Kolumbien aus der Optik der NATO und nicht aus der Optik der Menschenrechtsorganisationen oder des Europaparlamentes zu sehen, kann selbst die heute noch vorherrschende Wahrnehmung des politischen Konfliktes in Kolumbien durch die EU verändern. Diese heutige Wahrnehmung hat bisher eine entschiedenere militärische Zusammenarbeit von Ländern wie Frankreich, Deutschland und Spanien verhindert. Der Eintritt Kolumbiens in die NATO würde jenen politischen Raum wegnehmen, die den kolumbianischen

Konflikt als einen politischen Konflikt sehen. Dies wäre ein exzellenter Grund aus der Sicht der Regierung Uribe, um diese Einladung anzunehmen.

Die Expansion der NATO hört nicht auf. Das Mandat der NATO wandelt sich de facto im Kontext des Krieges gegen den Terrorismus. Die NATO wird langsam zum bewaffneten Arm der Demokratie und des Kapitalismus gegen den Terrorismus und den Fundamentalismus. In diesem Kontext ist es nur logisch, dass eine Expansion der NATO in Lateinamerika über Kolumbien, den grossen strategischen Alliierten von Washington erfolgen muss, um die realen und imaginären Schlachten zu schlagen.

3. Soziale Bewegungen: Treffen der sozialen Organisationen - wenn nicht alle Zugang zu Entwicklung haben

Der Monat Mai war vom 1. Tag an - dem Tag der Arbeit - bis zum 28. Mai, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, von einer bedeutenden Zahl von Protesten und Kundgebungen gekennzeichnet. StudentInnen, Indigenas, Militante der einen und anderen Partei, Politiker, Frauen und Bauern in verschiedenen Teilen des Landes traten an die Öffentlichkeit, besetzten Strassen und Plätze um ihre Stimme vernehmen zu lassen. In diesem Artikel werden die verschiedenen Manifestationen analysiert, deren Forderungen und wie sie von der Regierung und den Medien aufgenommen wurden.

Von Javier Lautaro Medina, Forscher am CINEP

Während des Monats Mai kam es zu verschiedenen Kundgebungen gegen das bilaterale Freihandelsabkommen TLC mit den USA und gegen die Wiederwahl des Präsidenten, vor allem von Indigenas und Bauern in verschiedenen Orten des Landes (obwohl auch StadtbewohnerInnen, Frauen und StudentInnen daran teilnahmen).

Während der Regierung von Alvaro Uribe haben die sozialen Proteste ein hohes Ausmass erreicht, das nur in den Jahren 1975 und 1998 noch übertroffen wurde. Die Forderungen kreisten um die Regierungspolitik, die Verletzung der Grundrechte¹, die Nichteinhaltung von Abkommen, die sozialen Dienstleistungen, Landfragen und Wohnungsbau, öffentliche Dienstleistungen und Umweltprobleme (meist in Verknüpfung mit dem Wohnungsbau und einer würdigen Umgebung).²

Das Thema der umfassenden Gültigkeit der Menschenrechte, wobei diese in ihrer Ganzheit und Unteilbarkeit gesehen werden, hat bei den sozialen und Basisorganisationen eine besondere Bedeutung. Dies, weil es keine Politik gibt, um diese Rechte angemessen zu sichern und die Gemeinschaften eindeutig von der geringen Effizienz des sozialen Rechtsstaates am meisten betroffen sind. Dieser soziale Rechtsstaat wurde in der Verfassung von 1991 verankert und wie sinngemäss das Verfassungsgericht sagte, handelt es sich dabei nicht um eine blosserethorische Formel, sondern es leiten sich daraus wirkliche Garantien für die Würde der menschlichen Person und der Gemeinschaften ab.

Aufgrund des düsteren sozialen und bewaffneten Panoramas, welches die sozialen Organisationen herausfordert, wurde ein bewegliches Treffen der Mobilisierung- und Aktion geplant. Im Aufruf zum Treffen wurde deutlich, dass nicht nur Kultur, Gemeinschaften und Familien ihrer Zerstörung gegenüber stehen, sondern das Leben als solches aufgrund *der Blindheit jener, die sich täuschen und die grösste Macht der Geschichte dafür einsetzen, um alles in Ware zu verwandeln*.³ Das Ausmass und die Vielzahl der Proteste widerspricht den offiziellen Berichten über den *Fortschritt* bei den sozialen Programmen und der Respektierung der Menschenrechte - ohne hier auf die

¹Über den Umgang der aktuellen Regierung mit den Menschenrechten: Siehe die Berichte der Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung unter www.plataforma-colombiana.org

²Esmeralda Prada, Alvaro Delgado und Martha Garcia, Luchas sociales de la memoria y la incertidumbre in der Zeitschrift Cien dias Vistos por CINEP, No. 57, www.cinep.org.co

³Siehe www.onic.org.co/nuevo/cumbre/marco.shtml

Handhabung von Zahlen durch die Regierung einzugehen. Die Protestkundgebungen bestätigen nur, dass, wenn es der Wirtschaft gut geht, es dem Land schlecht geht.

Die Hauptanliegen des beweglichen Treffens (*Cumbre Itinerante*), das trotz der Repression weiter geführt wird, sind die Verteidigung des Lebens, des Territoriums und der Organisationsprozesse. Die wichtigsten Vorläufer der Cumbre waren das *Mandat der Indigenas und des einfachen Volkes*, welches aus dem Marsch nach Cali im Jahr 2004 entstand, der Nationale Protesttag vom 12. Oktober 2005 und die Aktionen zur *Befreiung der Mutter Erde*, d.h. zur Rückgewinnung von Boden im Dep. Cauca während des zweiten Halbjahres 2005. Das Schutzgebiet La Maria in der Gemeinde Piendamó im Dep. Cauca, welches 1999 als symbolischer Raum für *Dialog, Frieden und Versöhnung* gebildet wurde, war der zentrale Punkt der Cumbre.

Die Methodik zur Entwicklung der Cumbre zeigt eine breite Kreativität zur Schaffung von Räumen für Mobilisierungen und Anklagen, zur Reflexion und Diskussion über minimale Programme der sozialen Organisationen und Umsetzungsmechanismen. Obwohl man auch die Regierung zu Verhandlungen zu zwingen sucht und ein Grossteil der Zeit in Konfrontationen mit den Sicherheitskräften verbraucht wird, so ist das Wichtigste bei diesen Treffen die Begegnung zwischen den teilnehmenden Personen, Organisationen und Kreisen, um zu diskutieren und alternative Konzepte von Demokratie und Bürgerschaft zu entwerfen und umzusetzen. Dies alles geschieht in einem komplexen Rahmen, in dem sich die verschiedenen am Aufbau von sozialer Macht interessierten Akteure treffen. Arturo Escobar nennt dies *Prozesse der politischen Kultur*.

In welchem Kontext entwickeln sich diese Konzepte und von welcher Art von Demokratie und Bürgerschaft sprechen wir? In einem Land, das traditionell von den wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Eliten geführt worden ist, sind die Entwicklungsprozesse stets von oben gekommen und durchgesetzt worden. Wenn wir dazu noch die historische Logik der Privatisierung des öffentlichen Raumes dazu nehmen, so kommen wir zum Ergebnis, dass die Möglichkeiten der Mitbestimmung und der eigenständigen Planung des Lebens nie erlaubt wurden oder unzureichend waren, um einen breiten demokratischen Rahmen zu schaffen.

Die grosse Masse der Ausgegrenzten von den Begünstigungen des Wirtschaftsmodells verlangt im Wesentlichen Mechanismen, um Ausgeglichenheit in der Mitbestimmung und in der Güterverteilung zu erreichen. Die Ausgegrenzten versuchen so einmal mehr, ihre Identität zu betonen und ihre materielle Reproduktion zu sichern. Die soziale Mobilisierung lehnt die elitäre Idee der Überlegenheit von bestimmten Sichtweisen in Bezug auf die Welt, das Territorium und die Kultur ab. Diese Mobilisierung muss deshalb als ein starker Aufschrei, weit mehr als ein Klageruf, verstanden werden, der notwendig ist, um die von sich eingenommene kolumbianische Gesellschaft aufzubrechen.

Ein Schrei gegen das TLC, welches den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit den USA fördern soll, das negative Auswirkungen auf das Leben und die Kultur von Indigenas und Bauernfamilien hat und das nur mit den grossen Wirtschaftsverbänden besprochen wurde. Ein Schrei gegen die Wiederwahl einer Regierung, die auf die Kommerzialisierung der verschiedenen natürlichen Ressourcen setzt. Ein Schrei gegen den gewaltsamen Angriff (den erklärten und den unterschwelligeren) auf die sozialen Organisationen, um deren Arbeit zu bremsen.

Die Antwort der Regierung gegenüber der Cumbre war die ewig gleiche: Einerseits die Delegitimierung des sozialen Protestes mit der Behauptung, diese würden auf Geheiss oder unter dem Einfluss der Guerilla durchgeführt, andererseits verweigerte sie mittels der Repression jeglichen Dialog.

Auch die Medien spielen hier eine wichtige Rolle. Gegenüber solchen Mobilisierungen wie der

Cumbre beschränken sie sich darauf, die durch diese Strassenblockaden hervorgerufenen Störungen hervorzuheben, wobei sie die Verletzung von Rechten durch die Protestierenden ins Feld führen. So warnte z.B. die Zeitung El Tiempo am 18. Mai vor einer möglichen *Ecuadorisierung* des Südens Kolumbiens; die Regierung könne die Blockade der Panamericana nicht zulassen und müsse das Grundrecht der Bewegungsfreiheit der Mehrheit verteidigen.

Der Raum, welcher den offiziellen Erklärungen eingeräumt wurde im Sinne, dass die FARC hinter der Mobilisierung stehen würde, überstieg bei weitem den Raum, welcher den Erklärungen der Protestierenden über den Sinn der Cumbre gewährt wurde. Lakonisch wurde gesagt, *die Indigenas sagten, dass ihr Protest nichts mit der FARC zu tun habe, sondern ihr Protest gegen die Nichteinhaltung von Abkommen über die Übergabe von Land, gegen das TLC und die Wiederwahl Uribes gerichtet sei.*⁴

Die Anklage der Medien beachtete nicht, dass der Protest friedlich war. Obwohl es machtvolle Proteste waren, sind die Protestierenden doch weit davon entfernt, sich zu bewaffnen um den Gegner zu zerstören. Ganz im Gegenteil, sie suchten stets Treffen mit der Regierung anzubieten und zu konsolidieren, um über ihre Forderungen zu verhandeln. Das Problem ist, dass die Regierung beharrlich in früheren Abkommen ausgehandelte Vereinbarungen nicht einhält, insbesondere in Bezug auf die Übergabe von Land. Von daher und aufgrund der kriegerischen Antwort der Regierung, weigerten sie sich, die Regierungsvertreter anzuerkennen, dies aufgrund deren Unfähigkeit, die sozialen Probleme zu lösen.

Die repressive Antwort der Regierung führte zu einer vernichtenden Bilanz: Ein Indigena wurde getötet und zwei Kinder starben durch Ersticken. Die Einnahme mit Blut und Feuer von La Maria durch die Sicherheitskräfte zeigt das absolute Fehlen einer Anerkennung der Mobilisierung von Seiten der Regierung. Die Zeugenaussagen sprechen für sich: *Die Sicherheitskräfte traten wie eine Invasionsarmee auf, respektierten weder die Gesundheitsposten, die Versammlungsorte, die Kommunikationszentrale, zivile Häuser und griffen Kinder, Frauen und Personen an, welche medizinische Behandlung erhielten.*⁵

Die Anschuldigungen der Regierung über die vermeintlich Infiltration durch die Guerilla sollen die Mobilisierung nicht nur delegitimieren, sondern auch die Rechtfertigung der Übergriffe sichern, da diese in der Logik der Eliminierung des Gegners geschehen, d.h. des *Terroristen*, da jeder, der sich dem aufgezwungenen Einheitsdenken entgegenstellt, als ein Terrorist bezeichnet wird, womit er jegliche Rechte verliert.

Bei einem Treffen zur Vorbereitung der Cumbre, schenkte uns ein Indigena diese schönen Worte: *Mein Grossvater sagte mir: Wenn du schneller ankommen willst, dann musst du mit dem Letzten ankommen. In der Gemeinschaft können wir nicht ankommen, solange nicht der Letzte da ist.* Darum geht es bei der Cumbre, sich zu treffen, zu lachen, mit einander auszutauschen, das Essen zu teilen, sich zu umarmen, für ein Land zu kämpfen, in dem die Entwicklung von unten aufgebaut wird und wo auf den letzten gewartet wird.

4.Menschenrechte: Eine neue Agenda für die Menschenrechte?

Im Hinblick auf die weitere Amtszeit von Uribe drängt sich eine Reflexion über die Menschenrechtssituation der vergangenen vier Jahre auf. Die Regierung behauptet dank der Demokratischen Sicherheit die Zahl der Menschenrechtsverletzungen und von Morden und Entführungen verringert zu haben. Dieser Artikel zeigt eine andere Realität auf, wie sie in den Datenbanken verschiedener NGO's aufgezeichnet ist. Der Autor meint, dass sich nur die Szenarien des bewaffneten internen Konfliktes gewandelt haben, was zu neuen Formen von

⁴El Tiempo, 19. Mai 2006

⁵Die Cumbre Itinerante geht weiter, Pressemitteilung, Bogotá, 28. Mai 06; www.onic.org.co

Menschenrechtsverletzungen führt.

Von Camilo Borrero García, Forscher am CINEP und Professor an der Nationaluniversität

In der Woche vor den Präsidentschaftswahlen schickten die drei NGO-Plattformen, in denen die Mehrheit der Menschenrechtsorganisationen vertreten ist, einen Brief an den Präsidenten Alvaro Uribe. Darin forderten sie eine öffentliche Verurteilung der zunehmenden Angriffe gegen die Menschenrechts-NGO's, die anscheinend von rezyklierten Kämpfern der alten paramilitärischen Gruppen kommen, die mit neuen Bezeichnungen und ähnlichen Zielen (das Land von Oppositionellen der aktuellen Regierung zu säubern) auftreten. Die Menschenrechts-NGO's forderten Uribe auf, explizit ihre Legitimität und die Notwendigkeit ihrer Arbeit öffentlich anzuerkennen.

Es ist dies nicht das erste Mal, dass sich die Menschenrechtsorganisationen mit solchen Forderungen an den Präsidenten wenden. In Wirklichkeit war dies häufig der Fall, seit Uribe sie öffentlich an den Pranger stellte. Nach dem ersten Regierungsjahr von Uribe veröffentlichten die Menschenrechtsorganisationen eine Auswertung seiner Regierungstätigkeit unter dem Titel *Die autoritäre Verhexung*. Dies löste einen ersten öffentlichen Wutausbruch von Uribe aus, und er scheute sich nicht, sie als *Politiqueros* und *tendenziös* zu bezeichnen.

Im Laufe der Regierungszeit Uribes hat die Öffentlichkeit mehrere solcher Wutausbrüche mitbekommen, wobei die dann gemachten Aussagen nie berichtet worden sind. Angeschuldigt wurden dabei JournalistInnen, PolitikerInnen, StudentInnen und selbst Generäle. Diese Ausbrüche, welche die Höflinge des Präsidenten als *Talent* bezeichnen, haben paradoxerweise dem Präsidenten ein gutes Image bei der öffentlichen Meinung in Kolumbien eingetragen, oder zumindest weisen einige Meinungsumfragen darauf hin. Doch sind diese Ausbrüche unvereinbar mit seiner Funktion als Präsident und entsprechen auch nicht den Erwartungen der internationalen Gemeinschaft.

Während der letzten drei Jahre hat das Büro der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte die Regierung aufgefordert, auf nationaler und regionaler Ebene stabile und permanente Gefässe für Gespräche mit den Menschenrechtsorganisationen und anderen Kreisen der Zivilgesellschaft zu schaffen, mit dem Ziel, ein grösseres Verständnis und mehr Respekt zu erreichen. Wenn auch mit Schwierigkeiten, so wurden doch einige solcher Gefässe geschaffen - mit der Präsenz von staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und VertreterInnen der internationalen Gemeinschaft - um die Umsetzung der Empfehlungen des UNO-Menschenrechtsbüros und der Erklärungen von London und Cartagena zu analysieren. Es ging auch darum die Menschenrechtspolitik, den Kampf gegen die Straflosigkeit, die Ausrichtung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu analysieren und einen gemeinsamen Menschenrechtsplan und einen Nationalen Plan zur Menschenrechtsbildung auszuarbeiten.

Doch nach Ansicht der Menschenrechtsorganisationen haben diese Initiativen keinen sicheren Halt, solange der Präsident öffentlich ihre Arbeit delegitimiert und sie als politische Gegner oder als nützliche Idioten der Guerilla sieht. Darum könnte eine Analyse über mögliche Regierungsstrategien im Bereich der Menschenrechte im Hinblick auf die neue Regierungszeit bei der folgenden Frage ansetzen: Wird der Präsident seine Haltung gegenüber den MenschenrechtsverteidigerInnen ändern?

Die Zahlen: ein umstrittenes Gebiet

Wie in anderen Bereichen des nationalen Geschehens hat ein guter Teil des Missfallens der Regierung den Grund in einer politischen Strategie: Den Aufbau und die Analyse der Daten zu verändern. So wie es mit den Indikatoren der Armut, Arbeitslosigkeit, Bildung und Gesundheit geschah, so hat die Regierung im Bereich der Menschenrechte nicht nur ihre eigene Messmethodik

gefördert, sondern auch um jeden Preis die Messkriterien der unabhängigen Menschenrechtsorganisationen zu delegitimieren versucht. Grundsätzlich geht es dabei der Regierung darum, folgenden Schluss aufzuzeigen: Die Politik der Demokratischen Sicherheit hat nicht nur die Guerilla zurück gedrängt und die Auflösung der paramilitärischen Verbände gefördert, sondern auch zu einem spürbaren Rückgang der Menschenrechtsverletzungen, von Morden und Entführungen geführt.

Die verschiedenen Datenbanken der Menschenrechtsorganisationen zeigen eine andere Realität: Wenn auch einige Indikatoren einen Rückgang verzeichnen, so z.B. von Morden, so weisen andere Modalitäten einen Zuwachs auf, so z.B. willkürliche Verhaftungen. Andere Verletzungen haben ihre Richtung geändert: Die massenhafte, gewaltsame Vertreibung von früher ist zwar nicht völlig verschwunden, hat aber einem anderen Vorgehen der bewaffneten Akteure Platz gemacht: der Belagerung und Einschliessung. Die Selektivität der verübten Menschenrechtsverletzungen gegen verletzliche Gruppen wie die indigenen Gemeinschaften, GewerkschaftlerInnen, JournalistInnen oder MenschenrechtsverteidigerInnen führen zum Schluss, dass es individualisiertere Modalitäten der politischen Verfolgung gibt.

Daraus lässt sich folgende These ableiten: Es gibt keinen Willen der Regierung die Menschenrechtsverletzungen zu bekämpfen. Was gezeigt wird, ist bloss ein Wandel der Szenarien des internen bewaffneten Konflikts, der von neuen Modalitäten der Menschenrechtsverletzungen begleitet ist.

So wie aus dem Rückgang der Verletzungen des humanitären Völkerrechtes durch die Guerilla nicht auf deren grössere Verpflichtung zur Einhaltung geschlossen werden kann, so kann auch aus dem Rückgang einiger Indikatoren von Menschenrechtsverletzungen nicht automatisch auf ein höheres Interesse der Regierung zur Einhaltung der Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte geschlossen werden.

So wie in anderen Zeiten die Konfliktszenarien die verschiedenen Regierungen dazu brachten, Genozid, Folter, Verschwindenlassen oder gewaltsame Vertreibung anzuwenden, so gilt es die Zeichen der Zeit neu zu lesen und ein Verhalten darin zu entdecken, um so neue Modalitäten der Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen.

In diesem Sinne scheint die Administration Uribe zwei verschiedene Perioden der Aufstandsbekämpfung zu haben. Während der ersten Periode wurden besondere Konfliktzonen oder *Konflikttheater* geschaffen, die willkürlichen Verhaftungen nahmen massiv zu, man verlangte mit allen Mitteln die Zerschlagung möglicher Verbindungen zwischen der Zivilgesellschaft und der Guerilla. In diesem Szenario resultierte jegliche Entgegnung gegen dieses Vorgehen als verdächtig, während Unterstützung mit Applaus quittiert wurde. Die Guerilla zog sich zurück oder tauchte unter, verringerte ihre Angriffe auf die Dörfer und Regionen.

Als die Gespräche über die Wiedereingliederung der verschiedenen paramilitärischen Verbände vorankamen, schien sich die Strategie zu wandeln. Die Regierung hielt den Druck auf die Guerilla aufrecht, insbesondere durch den Plan Patriota. Gleichzeitig aber kommt die Notwendigkeit dazu, die Kontrolle über die Zonen zu übernehmen, die zuvor in der Macht der Paramilitärs waren.

In der ersten Phase waren die am meisten angeklagten Menschenrechtsverletzungen die willkürlichen Verhaftungen, selektive Morde und Belagerungen, während es in der jetzigen Phase schwierig ist, Schlüsse über das Ausmass und die Modalität der Menschenrechtsverletzungen zu ziehen.

Die begründete Angst liegt darin, dass sich der Paramilitarismus als regionale, anscheinend rechtlich legitime Macht konsolidiert. Hinweise darauf wären die Straflosigkeit, welche bei den

Wiedereingliederungsprozessen der paramilitärischen Truppen geherrscht hat, die Unklarheit über die Anwendung des Gesetzes *Gerechtigkeit und Frieden*, das Auftauchen neuer paramilitärischer Gruppen in den gleichen Zonen, in denen die alten paramilitärischen Verbände operierten und die künstliche Ruhe, welche viele Städte umgibt, welche zuvor unter der territorialen Macht der Paramilitärs standen. Denn in diesem Kontext ist ein besorgniserregender Indikator paradoxerweise die Verringerung von Delikten ohne auf einer Stärkung der öffentlichen Institutionen zu beruhen. Dies würde auf das Vorherrschen von illegalen Formen der Kontrolle über die öffentliche Ordnung hinweisen.

Die Regierung hat auf ihren Aussagen beharrt, sie suche die Auflösung der paramilitärischen Strukturen und die pragmatische Anwendung der Justiz und von Wiedergutmachung im Rahmen des Friedensaufbaus.

Die zweite Amtszeit von Uribe wird die Stärkung einer der beiden Logiken zeigen. Wenn die Regierung tatsächlich auf die Institutionalisierung des sozialen Rechtsstaates und die Auflösung der illegalen bewaffneten Gruppen setzt, dann müsste die Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsinstitutionen ein privilegiertes Szenario sein.

Konkret würde dies bedeuten, die Menschenrechtsarbeit öffentlich zu würdigen, beim Aufbau der Nationalen Menschenrechtsplans und beim Nationalen Menschenrechtsbildungsplan voran zu kommen, angemessene Verhandlungsbereiche mit der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft zur Evaluierung und zur Umsetzung der Empfehlungen des UNO-Menschenrechtsbüros und der Erklärungen von London und Cartagena zu installieren.